

**Klaus-Dieter Gröhler**

- (A) dafür, dass dir nicht ein Schuldenberg übergeben wird, der so groß ist, dass sich deine Generation nicht mehr bewegen kann. Ich werde ihm sagen: Wir haben angefangen, Nachhaltigkeit auch in die Haushaltspolitik einfließen zu lassen. Wir schaffen neue Gestaltungsspielräume, statt nur die Schulden zu bedienen und Zinszahlungen an Banken zu leisten.

Lassen Sie mich auch auf Folgendes hinweisen: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Haushalt gegenüber dem Vorjahreshaushalt so stark abgesenkt worden, nämlich um 3 Prozentpunkte. Das heißt, gegenüber 307,8 Milliarden Euro werden wir in diesem Jahr nur 298,5 Milliarden Euro ausgeben. Der Staat hat endlich begriffen, dass er nicht mehr der Staubsauger sein kann, der den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche zieht und es anschließend wie ein Füllhorn wieder über ihnen ausschüttet, sondern wir haben uns dafür entschieden, einen anderen Weg zu gehen. Ich finde, das ist auch gut so.

Aber zurück zum Etat des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz. In der Tat ist der Etat vielleicht nicht der politischste in diesem Bundeshaushalt. Zwei Drittel der Ausgaben sind für Personal vorgesehen. Aber – auch darauf hat der Minister hingewiesen – es ist ein Etat, der wichtig ist. Im Justizbereich stellen wir damit die Rechtsstaatlichkeit sicher. Wir in Deutschland wissen aus dem 20. Jahrhundert – wir haben es zweimal leidvoll erfahren –, was es bedeutet, wenn Rechtsstaatlichkeit nicht gegeben ist, welche Konsequenzen das für die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich hat.

(B)

Die finanzielle Ausstattung unserer Gerichte ist auch die Gewähr für effektiven Rechtsschutz, insbesondere dann, wenn der Staat als Monopolist dieses Angebot macht. Die Einheitlichkeit der Rechtsanwendung durch die finanziell ordentlich ausgestatteten Bundesgerichte ist auch ein Standortvorteil, mit dem wir uns sehen lassen können.

Das Stichwort „Standortvorteil“ bringt mich auf ein Thema, bei dem sozusagen ein bisschen Wasser im Wein ist. Erstaunlicherweise stimme ich jetzt schon wieder mit dem Kollegen Claus überein. Darüber sollte ich einmal nachdenken.

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist bedenklich! – Weiterer Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja, das stimmt!)

– Übereinstimmung habe ich aber nur in diesem Punkt. – Es geht dabei um die Patentämter. Dort haben wir das Problem, dass die Bearbeitungszeiten zu lang sind. Da ist der Schutz des geistigen Eigentums aus meiner Sicht nicht ausreichend gewährleistet.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jobmaschine!)

Für ein Erfinderland wie Deutschland, das sich Exportnation nennt, ist es einfach wichtig, spätestens beim

- Haushaltsentwurf 2015 – er steht ja an – dort für eine bessere Ausstattung zu sorgen. (C)

Der Minister hat darauf hingewiesen: Das Netzwerk gegen Kindesmissbrauch ist eine wichtige Einrichtung. Aber auch hier meine ich, dass sechs bis neun Monate Wartezeit bis zur Betreuung vielleicht zu lang sind. Wir werden genauer hinsehen müssen, ob wir dieses Netzwerk verstärken sollten. Denn in einem Dreivierteljahr kann viel passieren, und wir wollen nicht, dass unseren Kindern etwas passiert. Deshalb werden wir dieses Netzwerk finanziell besser ausstatten müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Burkhard Lischka [SPD])

Beim Verbraucherschutz hatte ich den Eindruck, dass der eine oder andere Oppositionspolitiker meint, dieses Thema sei ganz neu erfunden worden. Dem ist mitnichten so. Bei meinem Besuch bei der Stiftung Warentest anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums – insofern gibt es eine lange Tradition des Verbraucherschutzes – konnte ich feststellen, wie effizient so eine Einrichtung auch mit relativ wenig Geld arbeiten kann. Ich war als Haushälter baff, als mir die Vertreter der Stiftung Warentest auf meine Frage „Brauchen Sie denn mehr Geld?“ antworteten: Wir kommen gut klar. Das war eine Antwort, die ich einmal erfrischend fand und die auch zeigt, dass es gar nicht immer auf das Geld ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Ich komme zum Schluss; ich sollte ja positiv enden. Wie war noch gleich das Struck'sche Gesetz? Kein Gesetzentwurf verlässt das Hohe Haus so, wie er eingebracht worden ist. – Das gilt selbstverständlich auch für den Haushaltsentwurf. Wir werden noch an der einen oder anderen Schraube drehen müssen. Aber eins sage ich als Haushälter auch gleich: Wir haben den Ehrgeiz, dass diese geringe Nettoneuverschuldung, die wir mit diesem Haushalt vomehmen, nicht wieder gesteigert wird; sie soll die letzte Nettoneuverschuldung sein. Insofern werden alle Vorschläge für mehr Geld in den einzelnen Etats immer ausgeglichen sein müssen. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen jetzt zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Einzelplan 10**. – Ich bitte diejenigen, die an der Debatte nicht teilnehmen wollen, zügig den Saal zu verlassen. Diejenigen, die hierbleiben, darf ich bitten, ihre Plätze einzunehmen.

Das Wort hat zunächst der Bundesminister Christian Schmidt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Christian Schmidt**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Ich hatte an Ihre freundliche Aufforderung die kleine Hoffnung geknüpft, dass der eine oder andere nicht allein seinem Fachthema zugewandte Kollege auch hier sein würde. Ich denke, einige, für die das zutrifft, sind dageblieben. Herzlichen Dank! In dem Marathon einer Haushaltsdebatte, in der ein Etat den anderen jagt, ist das keine Selbstverständlichkeit. Es liegt viel Arbeit vor dem Hohen Haus. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich sehr herzlich dafür bedanken, dass ich schon im Vorfeld dieses Etats spüren durfte, welche gute und konstruktive Arbeit sich im Bereich Ernährung und Landwirtschaft hier im Haus widerspiegelt.

Ich habe nun seit knapp zwei Monaten die Ehre und die Freude, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu führen. Ich verstehe diese Aufgabe als eine gute Möglichkeit, auf der Basis guter tradierter Erfahrungen heute notwendige Anpassungen an ökonomische und soziale Veränderungen in Landwirtschaft und Ernährung zu begleiten und zu steuern und für die Zukunft an einer in die nächste Generation hineinreichenden tragfesten Struktur zu bauen.

Mein Ressort hat viel mit Wurzeln zu tun, nicht nur weil der volkswirtschaftliche Primärsektor, die Urproduktion, hier zu Hause ist, sondern auch, weil Ernährung und Leben im ländlichen Raum primäre Lebensbedürfnisse sind, die wir sichern wollen.

(B) Nachhaltigkeit und Naturbewusstsein gehören genauso dazu. Es ist geradezu ein Lebensministerium.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Dies verbindet sich für mich auch mit den Primärwerten. Der Respekt vor der Schöpfung Gottes und das Gebot, sich die Erde untertan zu machen, gehören hierher. Im gesamten ländlichen Raum steht die Wertschöpfung auf solch einem ethischen Fundament.

Ich sehe unsere Aufgabe darin, den so lange gewachsenen Erfahrungen in der Land- und Forstwirtschaft, in der Fischerei oder auch in der Energiewirtschaft einen gesicherten Platz in einer heute von einer digitalen Dienstleistungsmentalität und -struktur geprägten Gesellschaft zu erhalten und sie dort einzupassen. So sieht der Entwurf für den Haushalt 2014 auch aus. Er ist in allererster Linie ein sozialer und zukunftsorientierter Agrarhaushalt. Auch 2014 ist die landwirtschaftliche Sozialpolitik der Kernbestandteil des Einzelplans. Das soll so bleiben, und das hat seine Berechtigung.

Von den 5,3 Milliarden Euro des Gesamtetats sind für die Sozialpolitik immerhin 3,7 Milliarden Euro vorgesehen. 70 Prozent des Geldes, das uns zur Verfügung steht, fließen also in die Alterssicherung, in die Krankenversicherung und in die Unfallversicherung unserer Bauern. Wir sichern damit Grundlagen, die die Wertschöpfung durch unsere Landwirtschaft erst möglich machen. Ich denke, wir machen hier auch deutlich, dass sich die Bauernfamilien, die verschiedenen Generationen auf uns verlassen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C) Wir sorgen nicht nur für Kontinuität, sondern wir setzen Akzente auch in Zeiten strikter Haushaltsdisziplin – in einer Abwägung mit dem, was wir denen, die eingezahlt haben und die Leistungen erhalten, sozusagen ein Stück weit schuldig sind.

62 Millionen Euro wollen wir in den Jahren 2014 und 2015 für die landwirtschaftliche Krankenversicherung zur Verfügung stellen. Wieso? Wir federn damit die Sonderbelastungen infolge des geringeren Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds ab, die in unserem Bereich nicht wie in der GKV durch Rückflüsse kompensiert werden können. Für mich ist das eine Gerechtigkeitsfrage. Würden wir das nicht tun, wären unsere Landwirte die einzige Bevölkerungsgruppe, die nur wegen eines Systemunterschieds höhere Kassenbeiträge zahlen müsste. Das will ich nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Neben der Krankenversicherung behalten wir auch die Altersvorsorge im Auge. Nicht nur die allgemeine demografische Entwicklung, sondern auch die Strukturanpassung in der Landwirtschaft erfordert dies. Deswegen haben wir besprochen, dass wir bis zur Sommerpause Vorschläge für die Anpassung der Hofabgabeklausel erarbeiten wollen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D) – Kollege Priesmeier, ich hatte schon darauf gehofft, dass ich von Ihnen hier Zustimmung bekomme. Wir haben das in den Koalitionsverhandlungen bereits besprochen. Deswegen wollen wir daran arbeiten. Ich bitte bei diesem Thema um die konstruktive Mitarbeit der Fraktionen des Hohen Hauses, aber auch der Versichertengenerationen, der Älteren und der Jüngeren, die unmittelbar davon betroffen sind.

Der Haushaltsentwurf 2014 verbindet soziale, ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Ansätze. Gerade hat eine Debatte über einen anderen Etat stattgefunden. Darin wurde, nachdem das vormalige BMELV des V verlustig gegangen ist, über Themen gesprochen, die bisher bei uns besprochen worden sind. Aber keine Sorge: Nicht die Buchstabenverschiebereien, sondern die Zuständigkeiten sind das, was die Arbeit eines Hauses definiert. Es bleibt dabei: Die Ressortzuständigkeit für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und für das Verbraucherinformationsgesetz liegt bei uns. Mit über 100 Millionen Euro, die in diesem Bereich investiert werden, hat der Bereich auch zukünftig eine große Bedeutung. Wir wollen nicht die Bevormundung, sondern den Schutz und die Selbstbestimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland. Der gesundheitliche Verbraucherschutz wird im Zuge der weiteren Globalisierung eine immer größere und wichtigere Rolle spielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Wertschöpfung im ländlichen Raum mit einer starken Landwirtschaft. Diese Koalition wird also den Bauernfamilien und den Erzeugern weiter verlässlich zur Seite

**Bundesminister Christian Schmidt**

(A) stehen: mit stabilen Direktzahlungen, mit einem Greening, das praktikabel ist und eine flächendeckende Bewirtschaftung zulässt – der Deutsche Bundestag beschäftigt sich diese Woche in einer Anhörung intensiv mit dieser Frage –, und mit neuen Förderelementen für kleine und mittlere Betriebe sowie für unsere Junglandwirte.

Wir schaffen dem Prinzip der Nachhaltigkeit mehr Raum. Wir wollen die biologische Vielfalt bewahren, unsere Böden schützen und für mehr Tierwohl sorgen. Wertschöpfung im ländlichen Raum heißt, Verantwortung zu übernehmen.

Gestatten Sie mir einen kleinen Exkurs. Ich war beeindruckt, dass wir bei der Agrarministerkonferenz, die vor ein paar Tagen in Cottbus stattgefunden hat, über alle Parteigrenzen hinweg zu einer vernünftigen Diskussion über diese Fragen gekommen sind. Ich habe zu erkennen gegeben, dass ich in den Wochen, in denen ich in dieser Funktion tätig bin, schon manches gelernt habe, dass mir aber die Kampfbegriffe noch nicht vertraut sind. Ich bin mir auch noch gar nicht sicher, ob ich ideologische Kampfbegriffe überhaupt lernen möchte. Eher möchte ich pragmatisch, vernünftig und am Ziel orientiert über diese Fragen reden. – Siehe da, wir konnten gut miteinander reden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(B) Wir wollen darüber hinaus natürlich diejenigen Leistungsträger in der Fläche, die sich um den Naturschutz kümmern müssen – dazu zählen insbesondere die Bauern –, unterstützen. Nach Vorlage der delegierten Rechtsakte durch die Europäische Kommission zu der GAP-Reform gab es ein wenig Gegrummel. Das Parlament hat sich stärker zu Wort gemeldet als vermutet. Dank an die Kommission und auch Dank an das Parlament – wir sind doch eigentlich für die Stärkung der Parlamentsrechte – dafür, dass Nachbesserungen erfolgt sind. Der Rat sieht das mit Interesse und Freude. Ich werde das am Montag zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Willi Brase [SPD])

Die Gelder stehen zur Verfügung. Sie werden rechtzeitig ausbezahlt werden, wenn der Deutsche Bundestag den entsprechenden Beschluss gefasst hat und die Verordnungen vorbereitet sind. Ich denke, das ist für die deutsche Landwirtschaft ein Zeichen von Verlässlichkeit.

Vor dem Hintergrund der Wertschöpfung im ländlichen Raum, die wir alle gestärkt sehen wollen, gehören die Leistungen unserer Landwirte als Energiewirte gewürdigt. Wir wollen weg vom Risiko der Kernenergie. Wenn wir saubere, grundlastfähige und speicherbare Energie gewinnen wollen – das liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse –, dann führt an der Biomasse kein Weg vorbei.

Heute hatten wir den Neuentwurf des EEG im Kabinett zur Beratung. Wir haben den Bestands- und Vertrauensschutz für die bestehenden Anlagen im neuen EEG verankert. Wir haben den Luftreinhaltebonus für die Be-

standsanlagen erhalten. Wir haben die bestehende Flexibilitätsprämie für Bestandsanlagen gesichert. Eine Teilstillegung muss nicht mehr erfolgen, wenn man flexibilisieren möchte. Das heißt, wir haben den Vorteil der Biomasse, der darin liegt, dass sie steuerbar und regelbar ist, erhalten. (C)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Grundlast, Herr Minister!)

Ich bin froh, dass uns das gelungen ist. Die Biomasse bleibt eine tragende Säule der Energiewende. Ich darf mich an dieser Stelle bei dem Kollegen Gabriel, bei der gesamten Bundesregierung und bei den Ministerpräsidenten sehr bedanken, die dieser Lösung ihre Zustimmung gegeben haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum ländlichen Raum gehört auch eine Waldpolitik, die sich an den Interessen von Natur und Nutzern ausrichtet. Ich danke für die konstruktive Begleitung gerade in diesem Bereich. Kollege Caesar, ich habe schon viel über die Funktion des Waldes als Klimastabilisator gelernt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Du bist schon früher gern in den Bayerischen Wald gefahren!)

– Ja. Ich oute mich hier: Ich bin ja selbst Waldbesitzer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD: Oh!)

Allerdings gehöre ich eher zu den kleinen Waldbesitzern, die sich nur einen Christbaum zu Weihnachten aus dem Wald holen. Lieber Kollege Caesar, vielleicht sollte ich dich einmal zu mir einladen und dir zeigen, wie man auch kleine Waldflächen bewirtschaften kann. Das ist sehr wichtig. Den Geräuschen im Saale folgend, spüre ich, dass man in der ersten Rede als Minister nicht all seine guten Ideen und Vorhaben gleichermaßen deutlich darstellen, sondern auch Platz für die weiteren Beratungen lassen sollte. Ich freue mich, dass wir diesen Haushalt in einem sehr konstruktiven Klima mit Blick bereits auf 2015 beraten – 2014 ist ja schon fast zur Hälfte vorbei –, und dann müssen wir Akzente bei der Gemeinschaftsaufgabe GAK und bei GAL setzen. Spätestens 2015 sollten wir zu diesen Themen zurückkommen. (D)

Ich bedanke mich, Frau Präsidentin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege, lieber Christian Schmidt. – Die nächste Rednerin in der Debatte: Dr. Kirsten Tackmann für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Herr Minister Schmidt, Sie haben zwei Schwerpunkte Ihrer Politik genannt: Agrarexporte und ländliche Räume. Aus Sicht der Linken ist der erste agrarpolitisch falsch, und der zweite findet sich

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) leider im Haushaltsentwurf nicht wieder. Aber es gibt eben keine richtige Politik mit falschem Haushaltsplan. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass Sie die richtigen Schwerpunkte setzen. Laut dem Fachmagazin *Agra-Europe* wollen Sie sich persönlich einbringen und versuchen, den Export in kaufkräftige Märkte voranzubringen. Aus Sicht der Linken lösen aber Agrarexportstrategien überhaupt keine Probleme, weder soziale noch ökologische – im Gegenteil: Es werden sogar neue geschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hilft weder den Empfängerländern noch den einheimischen Betrieben, zum Beispiel weil Dumpingpreise auf dem Weltagrarmarkt zum Dumpingehkommen führen. Wir haben doch schon jetzt die Situation, dass landwirtschaftliche Einkommen gerade einmal 60 Prozent des Industrieniveaus erreichen, und das, obwohl – rechnerisch – 30 Prozent öffentliches Geld dazu beitragen. Das ist inakzeptabel. Wochenmärkte, Landfleischereien, regionale Molkereien oder Bäckereien von nebenan können doch im internationalen Dumpingwettbewerb nicht mithalten. Herr Minister, das können Sie nicht auch noch unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft sinkt doch auch, wenn Milchkühe oder Schweine nicht mehr für die Versorgung in der Heimatregion gehalten werden, sondern für den Export nach China. Es ist ein Märchen, mit Agrarexporten würde der Welthunger bekämpft. Der Weltagrarbericht sagt eindeutig: Unser Beitrag gegen den Welthunger kann nur die Unterstützung der Landwirtschaft im globalen Süden sein – und nichts anderes.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Agrarexporte gehen außerdem auf Kosten der Umwelt und des Klimas, nicht nur wegen der Transporte. Wer mehr produziert, als er braucht, übernutzt Äcker und natürliche Ressourcen wie Wasser und Phosphordünger – völlig unnötig. Agrarkulturen wie Kartoffeln oder Rüben verschwinden von den Äckern, nicht weil sie nicht gebraucht werden, sondern weil sie nicht billig genug produziert werden können. Erkauft werden Höchsternsten durch Höchstverbrauche von Pflanzenschutzmitteln. Auch das geht auf Kosten von Bienen und Pflanzenvielfalt. Also: Es gibt kein öffentliches Interesse an Agrarexporten. Deswegen darf es dafür auch kein öffentliches Geld geben,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und zwar weder direkt noch versteckt hinter den Gehältern von Staatssekretären oder Beamten, die weltweit nach Absatzmärkten suchen.

Weil ich gerade dabei bin: Beim Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, muss sofort die Notbremse gezogen werden. Wir können doch nicht zulassen, dass Konzerne wie Vattenfall souveräne Staaten vor Schiedsgerichte zerren, um sie zum Beispiel wegen möglicher

Gewinneinbußen durch verbesserte soziale oder ökologische Standards zu verklagen. Das wäre doch die absolute Kapitulation der Politik. Und deswegen macht die Linke da nicht mit. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bleiben auch an anderen Stellen bei unseren Forderungen. Warum werden Gesetze nicht so verschärft, dass Bodenerwerb durch nichtlandwirtschaftliche Investoren zumindest erschwert wird? Warum wird noch immer ehemals volkseigener Boden in Ostdeutschland meistbietend zum Wohle des Bundeshaushaltes zum Schaden der vor Ort verankerten Betriebe verkauft? Warum bringen Sie nicht endlich die steuerfreie Risikorücklage auf den Weg? Das wäre Hilfe zur Selbsthilfe für die Landwirtschaft. Und: Warum gibt es nicht endlich einen Notfallfonds für tierhaltende Betriebe? Er hätte uns zum Beispiel im Falle des Blutschwitzens bei Kälbern oder der Blauzungenerkrankung bei Schafen geholfen.

Warum wird nicht endlich verlässlich Geld für die Umstellung der Landmaschinenflotte von fossilen auf selbstproduzierte pflanzliche Kraftstoffe zur Verfügung gestellt? Das wäre doch mal ein Beitrag zur Unabhängigkeit von Energiekonzernen.

Warum wird nicht endlich unser Vorschlag der Einrichtung eines Wolf- und Herdenschutzkompetenzzentrums aufgegriffen? Die Weidetierhalter wollen nicht nur für getötete Tiere entschädigt werden; sie wollen wissen, wie man Tierverluste verhindern kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber dabei brauchen sie Unterstützung. Das wäre richtig, gerade weil es gesellschaftlich gewollt ist, dass Isegrim zurückkommt, gerade weil Weidetierhaltung, wie wir gestern in der Anhörung gehört haben, der beste Grünlandschutz ist. Aber ausgerechnet diese Betriebe sind bisher die Verlierer Ihrer Agrarpolitik. Hier wird dringend Hilfe benötigt. Stattdessen werden diese Betriebe zusätzlich belastet, weil zum Beispiel die Beiträge zu ihrer Unfallversicherung extrem steigen – wie übrigens auch bei den Kleinwaldbesitzern. (D)

Was hat das mit Haushaltspolitik zu tun? Stolze 70 Prozent des gesamten Bundesagrarhaushaltes gehen in die landwirtschaftliche Sozialversicherung; der Minister hat es schon erwähnt. Auch hier müssen die öffentlichen Mittel im öffentlichen Interesse verwendet werden.

Es ist doch eine Binsenweisheit, dass die ländlichen Räume ohne eine starke regionale Landwirtschaft verlieren – und umgekehrt. Aber nach Ihrem Schwerpunkt „ländliche Räume“, Minister Schmidt, muss man im Haushalt leider mit der Lupe suchen.

Die Koalition will die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Räume“ fortentwickeln. Nun gut! Aber das versprochene Plus von 200 Millionen Euro hat nicht einmal die Koalitionsverhandlungen überlebt. Nun sollen auch noch zusätzlich Hochwasserschutzmaßnahmen aus diesem Etat bezahlt werden, sagt die Umweltministerin. Also mehr Aufgaben mit weniger Geld? Offensichtlich ist das nicht wirk-

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) lich ernst gemeint. Ich ärgere mich weiterhin, dass wir als Parlament zwar das Geld für diesen Fördertopf beschließen und zur Verfügung stellen, aber keinerlei Einfluss darauf haben, wofür das Geld ausgegeben wird, weil dies nur zwischen Länderregierungen und der Bundesregierung ausgehandelt wird. Diese parlamentsfreie Zone muss endlich abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein Fazit: Dem ersten Bundesagrарhaushalt der GroKo kann man eigentlich gar nicht ansehen, dass die FDP nicht mehr dabei ist. Ich denke, die SPD hat da einiges zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Rainer Spiering [SPD]: Das Letzte war nicht nett!)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner: Ulrich Freese für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Ulrich Freese (SPD):**

- (B) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion für den Haushalt der Landwirte. Zu fachlichen, inhaltlichen Fragen werden gleich meine Kolleginnen Christina Jantz und Ute Vogt und mein Kollege Rainer Spiering Stellung nehmen.

Der Haushalt des Landwirtschafts- und Ernährungsministeriums ist ein kleiner, feiner Haushalt – er macht 1,7 Prozent des gesamten Haushaltes der Bundesrepublik Deutschland aus –, aber er ist ein bedeutsamer Haushalt. Denn Ernährung, ob in fester oder flüssiger Form, geht uns alle an. Deshalb sind uns die in der Landwirtschaft tätigen Untemehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleich in welcher Sparte, sehr wichtig. Minister Schmidt hat sehr deutlich herausgearbeitet, dass 70 Prozent der Haushaltsmittel, ein hoher Anteil, für Sozialpolitik gebunden sind. Daran hat sich auch nichts dadurch geändert, dass der erste Haushalt der Großen Koalition in dieser Wahlperiode schon durch drei Ministerhände gegangen ist. Ob Aigner, Friedrich oder Schmidt – es bleibt bei dem großen Anteil der Sozialpolitik. Das wird von uns Sozialdemokraten nicht infrage gestellt. Aber dennoch wird man – darauf werden wir zu achten haben – die Kosteneffizienz und Wirksamkeit der Maßnahmen, ob in der Kranken-, ob in der Renten- oder in der Unfallversicherung, sehr genau überprüfen.

Einer der wichtigen Punkte, die hier beleuchtet werden müssen, sind die Verwaltungskosten der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Sie sind deutlich höher als bei anderen Sozialversicherungsträgern. Mit etwa 340 Millionen Euro liegen sie weit über dem Benchmark vergleichbarer Sozialversicherungssysteme. Wir werden gemeinsam im Zuge der Haushaltsberatungen in diesem

- und im nächsten Jahr dazu beitragen müssen, dass in diesem Bereich Einsparpotenziale gehoben werden. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Minister Schmidt, wir Sozialdemokraten haben ja in den Koalitionsverhandlungen sehr intensiv eine in die Sozialpolitik nicht mehr hineinpassende Regelung infrage gestellt. Worum geht es? Während andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Abschlüsse in die Rente gehen können, wenn sie das 65. Lebensjahr – oder ein paar Monate darüber hinaus – erreicht haben, werden die Bauern immer noch, sofern sie weiterarbeiten und ihren eigenen Hof bewirtschaften, benachteiligt, und zwar nicht nur der Bauer, sondern auch seine Frau, die Bäuerin. Dies ist heute sozial- und rentenpolitisch nicht mehr vertretbar.

Wir werden Sie im Zuge der Haushaltsberatungen beim Wort nehmen. Bevor wir den Haushalt beschließen, werden wir darauf achten, dass das auch in die Tat umgesetzt worden ist. Wir sehen dort gute Möglichkeiten: Die Rente soll gewährt werden. Wer seinen Hof nicht abgibt, muss einen Abschlag von 10 Prozent hinnehmen. Ich denke, das ist eine faire Regelung. Da gehen wir Sozialdemokraten mit Ihnen gemeinsam den Weg in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Zu einem zweiten Punkt, der uns wichtig ist. Leider wurden die Mittel für den Waldklimafonds von 26,8 Millionen auf 13,7 Millionen Euro gesenkt. Das ist kontraproduktiv; denn die natürlichste CO<sub>2</sub>-Senke ist der Wald. Bei all dem, was in der Energiepolitik kritisch diskutiert werden kann, kann von Deutschland ein wirkungsvolles Signal ausgehen: Der Wald wird gebraucht, wir wollen ihn erhalten und aufforsten. Von daher ist unser Ziel, in den Haushaltsberatungen zu erreichen, dass der Waldklimafonds mindestens auf 20 Millionen Euro – davon sind 10 Millionen Euro für dieses Ministerium – erhöht wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein dritter Punkt ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Wir haben dafür bereits 600 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Weil auch die ländliche Region Zugang zur digitalen Welt erhalten soll, sind im Haushalt 10 Millionen Euro für die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum vorgesehen.

Einen wichtigen Punkt, den wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart haben, nämlich ein nationales Hochwasserschutzprogramm, haben wir haushalterisch im Kalenderjahr 2014 allerdings nicht abgebildet. Aber das nächste Hochwasser – über die Ursachen können wir streiten – kommt bestimmt, und zwar in immer kürzeren Intervallen. Deshalb muss mit dem Haushalt 2014 klar signalisiert werden, dass wir es mit dem Hochwasserschutz ernst meinen.

Die Landschaften vieler Bundesländer – Bayern, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und möglicherweise Hamburg und Mecklenburg-Vor-

Ulrich Freese

- (A) pommern – sind von der Problematik betroffen. Da Prävention besser ist als Nachsorge, wollen wir, dass darüber nachgedacht wird, ob die Mittel aus dem Hilfsfonds für die Flutopfer, der noch nicht gänzlich ausgeschöpft ist, zusätzlich für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Des Weiteren liegen uns Forschung und Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich sehr am Herzen. Für außeruniversitäre Forschung und Entwicklung sind 3 Milliarden Euro vorgesehen. Über alle ministeriellen Bereiche hinweg gilt es nun, gemeinschaftliche Aktivitäten zu entwickeln, weil gute Landwirtschaft, gute Tierhaltung, Tierwohl, Eiweißstrategie usw. wichtige Aufgaben sind, und zwar nicht nur in Bezug auf Ernährung, sondern auch in Bezug auf den Verbraucherschutz. Deshalb wollen wir einen gesicherten Anteil aus diesem Topf für das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft für Forschung und Entwicklung im ländlichen Bereich reklamieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich freue mich sehr auf unsere haushalterischen Diskussionen und hoffe, dass wir einen Haushalt auf den Weg bringen, der, wie ich sagte, allen Menschen dient; denn Nahrung in fester und flüssiger Form hält uns alle bei guter Laune, erhält unsere Schaffenskraft und Wirkungskraft.

- (B) Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner: Friedrich Ostendorff für Bündnis 90/Die Grünen.

**Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „... in den ländlichen Räumen schlägt das Herz Europas“, verkündete Minister Horst Seehofer 2007, damals Bundeslandwirtschaftsminister.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Recht hat er!)

Durchaus folgerichtig verkündete Horst Seehofer in Absprache mit den Länderministern im Herbst 2013, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ werde um 200 Millionen Euro aufgestockt, um die Verluste bei den Programmen zur ländlichen Entwicklung im mehrjährigen Finanzrahmen der EU auszugleichen. Im aktuellen Haushalt ist von diesen versprochenen 200 Millionen Euro aber keine Rede mehr. CSU-Minister Schmidt sieht leider keine Möglichkeit, die versprochenen 200 Millionen Euro aufzubringen. Das ist ziemlich herzlos gegenüber dem „Herzen Europas“ und ziemlich verlogen gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Erstens. Dieses Geld ist ohnehin da, weil Deutschland im mehrjährigen Finanzrahmen Geld einspart. Genau daher wollte es Herr Seehofer ja auch nehmen. Warum besteht diese Möglichkeit plötzlich nicht mehr?

Zweitens. 360 Millionen Euro kostet uns heute die teilweise Erstattung von Steuern auf Diesel in der Landwirtschaft, die Sie als Wahlgeschenk an den Deutschen Bauernverband 2009 nochmals um 280 Millionen Euro aufgestockt haben.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Das Geld ist für die Bauern!)

Wir Grünen wollen dieses Geld nehmen, um die Landwirtschaft umzubauen und sie zukunftsfähig zu machen.

Drittens. 15 Prozent, rund 750 Millionen Euro, könnten Sie von den Direktzahlungen aus der ersten Säule in die zweite Säule umschichten, das heißt in ländliche Entwicklung, das heißt in Agrarumweltmaßnahmen und das heißt in die Förderung des Ökolandbaus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch diese Möglichkeit besteht. Aber das Bundesministerium hat dafür gesorgt, dass es nur 4,5 Prozent werden. Übrigens – das sei hier auch gesagt –: Die Hälfte dieser Gelder geht nach Bayern. Von daher versteht man nicht immer das Agieren der bayerischen Kolleginnen und Kollegen.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Soll noch mehr nach Bayern?)

(D) Diese Möglichkeiten bestehen, aber man muss ländliche Entwicklung, Tierschutz und Biodiversität auch wollen, meine Damen und Herren von CDU und CSU. Sie wollen es nicht, Sie tun es nicht, und das ist hier zu kritisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Unsere Dörfer sind die Seele des ländlichen Raumes“, sagte Minister Schmidt am 13. März 2014 dazu, nachdem er einen Tag zuvor ebendiesen Haushalt im Kabinett abgesehen hatte, der für die Dörfer und den ländlichen Raum so wenig zu bieten hat. Dieser Haushalt sollte Antwort geben auf die Versprechen und Absichtserklärungen, die auch Sie, Herr Minister, schon so oft gemacht haben. Tut er aber nicht.

Ein Beispiel. Wieder einmal sieht ein CSU-Minister das Heil der deutschen Landwirtschaft im Export. Sie wollen die Exportkompetenz stärken. Das wird morgen Abend gegenüber, in der Parlamentarischen Gesellschaft, zu erleben sein. Dabei übersehen Sie offenbar, dass gerade die Exportmärkte für die deutschen Erzeuger zunehmend riskant werden. Wirft nicht der russische Markt mit dem in den letzten Monaten gepflegten Umgang, aber auch die politische Entwicklung in Russland sehr große Fragen für uns alle auf? Und China? China geht wie immer sehr stark den Weg der Entwicklung der eigenen Erzeugung. Täglich gibt es neue Meldungen von den internationalen Handelsbörsen. Seit Februar brechen die Preise für Milchprodukte permanent ein. Die Märkte, auf die Sie setzen, sind extrem volatil; die Bundesregierung tut aber nichts, Herr Minister, um das Risiko einer

**Friedrich Ostendorff**

- (A) erneuten Milchkrise zu minimieren. In Brüssel bremsen die Bundesregierung alle Initiativen für Krisen- und Steuerungsinstrumente wie die Marktmonitoringstelle aus. Im Bundeshaushalt findet sich wieder einmal kein Euro, um den Zusammenschluss von Milcherzeugern zu fördern und damit die Marktmacht der Bäuerinnen und Bauern zu verbessern, wie wir Grünen es seit Jahren fordern und unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, was ist denn das für eine Politik, die voll auf Export setzt, ohne eine Antwort auf die Frage nach den damit verbundenen Risiken für die eigenen Erzeuger geben zu können? Nicht einmal die von uns Grünen immer wieder geforderten 5 Millionen Euro für eine Bündelungsoffensive Milch haben Sie in den Haushalt eingestellt.

Ein anderes Beispiel. Sie behaupten, Herr Minister, den Ökolandbau voranzubringen. Aber offenbar wollen Sie dafür keinen einzigen zusätzlichen Euro in die Hand nehmen. Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau bleibt finanziell genauso schlecht ausgestattet wie zuvor und wird zudem weiterhin von Ihnen geplündert, um diffuse Nachhaltigkeitsprojekte zu fördern. Auch der Erfüllung der Forderung des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung, 20 Prozent der Agrarforschungsgelder in die Ökolandbauforschung zu stecken, kommen Sie keinen Schritt näher.

Nicht besser sieht es beim Megathema Tierschutz aus, nicht besser sieht es bei der Ernährung und im Verbraucherschutz aus.

- (B) Dieser Haushalt setzt keine Prioritäten. Er enthält keine wegweisenden Projekte, und er bleibt bei den großen Herausforderungen sprach- und konzeptlos. Dieser Agrarhaushalt eignet sich zur Verwaltung des Status quo, zur Gestaltung der Zukunft der Landwirtschaft und attraktiver ländlicher Räume trägt er jedoch nichts, aber auch gar nichts bei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es leider!)

Dieser Haushalt ist visions- und antriebslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Herr Kollege. Ich bin erstaunt; denn Ihre Redezeit war noch gar nicht um. – Dr. Franz Josef Jung ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Franz Josef Jung (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft für 2014 fällt in ein besonderes Jahr. Wir gedenken nicht nur des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Vielmehr begann zu dieser Zeit auch eine Phase von starkem Hunger in Deutschland. Der Winter 1916/1917,

der sogenannte Steckrübenwinter, wurde ein Symbol des Hungers. Fast niemand nimmt heute noch zur Kenntnis, dass in der Zeit von 1914 bis 1918 800 000 Deutsche an den Folgen des Hungers gestorben sind. (C)

Wir feiern in diesem Jahr auch 65 Jahre Grundgesetz. Noch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Grundgesetzes wurden an unsere Bevölkerung Lebensmittelkarten verteilt. Die Menschen waren froh über jedes Stück Brot, Schmalz oder Butter. Die meisten von uns kennen die Situation des Hungers und Lebensmittelmarken nur aus Erzählungen. Ich denke, dies zeigt eines: Ein vielfältiges, hochwertiges und erschwingliches Angebot an Lebensmitteln ist nicht selbstverständlich. Die Bauernfamilien in Deutschland arbeiten hart für unsere gesunde Ernährung. Dafür haben sie unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Haushalt gewähren wir diese Unterstützung. Die Vereinten Nationen haben dieses Jahr als das Internationale Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft ausgerufen. Dies ist ein Signal für Politik und Gesellschaft. Aber ich denke, unsere Bauernfamilien brauchen nicht nur derartige Signale – diese sind auch wichtig –, sondern auch Perspektiven und Planungssicherheit. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, und sie brauchen Mittel und Möglichkeiten für notwendige Investitionen in ihre Betriebe. Diesen Kriterien entspricht der hier vorgelegte Haushalt von Bundesminister Schmidt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will vier Punkte hervorheben.

Erstens. Wir stellen für die agrarsoziale Sicherung – es ist gerade erwähnt worden – einen zusätzlichen Betrag von 62 Millionen Euro bereit und halten so die Beiträge zur Krankenversicherung stabil.

Zweitens. Mit der nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik schaffen wir die Voraussetzungen für die Direktzahlungen an unsere Landwirte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Direktzahlungen sind Risikoabsicherungen für kleinere und mittlere Betriebe. Sie sind aber auch ein Ausgleich für gesellschaftliche Leistungen; denn unsere Landwirte leisten einen erheblichen Beitrag zur Pflege unserer Kulturlandschaft. Auch das ist finanziell entsprechend abzusichern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kernpunkt in diesem Zusammenhang ist das Greening. Ich denke, Greening muss mit Augenmaß und ohne pauschale Flächenstilllegungen erfolgen. Ich füge hinzu: Ich denke, dass in entsprechenden Gebieten auch in Zukunft Pflegeumbruch ermöglicht werden muss. Denn wir wollen keine Verwahrlosung der Landschaft, sondern

**Dr. Franz Josef Jung**

- (A) wir wollen auch in Zukunft die Pflege unserer Landschaft durch unsere Landwirte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD] – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Anhörung hat es sich anders angehört!)

Der dritte Punkt ist die Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe. Für die ersten 30 Hektar werden zusätzliche Zahlungen von 50 Euro pro Hektar erfolgen, für die nächsten 16 Hektar dann noch 30 Euro pro Hektar. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu einer vielfältigen Agrarstruktur mit kleineren und mittleren Betrieben. Ich denke, gerade die Familienbetriebe und die kleineren und mittleren Betriebe sind auch ein Stück Lebenselixier für den ländlichen Raum. Deshalb haben sie die entsprechende Unterstützung verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Viertens nenne ich die nachhaltige und tiergerechte Produktion. Wir wollen die Agrarforschung besser verzahnen. Das gilt auch und gerade mit Blick auf den Tierschutz. Wir haben in diesem Haushalt für den Bereich Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation insgesamt 510 Millionen Euro veranschlagt. Dies dient auch dazu, neue Tierschutzmaßnahmen in der betrieblichen Praxis umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Aber, meine Damen und Herren, ich sage auch: Tiergerechte Aufzucht und Haltung gibt es nicht zum Nulltarif. Die Initiative „Tierwohl“ darf nicht durch Preisdumping untergraben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen – so haben wir es auch im Koalitionsvertrag vereinbart – die Vermarktung regionaler Produkte ausbauen. Ich glaube, dass gerade die Einführung eines Regionalfensters – der Startschuss war ja anlässlich der Grünen Woche hier in Berlin – einen wichtigen Beitrag hierzu leistet. Eine Regionalkennzeichnung mit klaren Kriterien – die Hauptzutat muss zu 100 Prozent aus der Region stammen – stärkt, wie ich finde, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die regionale Herkunft. Wir stärken damit auch die Wertschöpfungsketten auf dem Land. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung auch und gerade unserer regionalen Landwirtschaft in der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was in dieser Debatte oft nicht erwähnt wird – ich will es heute aber mit Genehmigung der Frau Präsidentin tun –:

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Es kommt darauf an, was Sie sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Ute Vogt [SPD]: Keine Zensur!)

**Dr. Franz Josef Jung (CDU/CSU):**

Zu diesem Bereich, Frau Präsidentin, gehört auch der Weinbau.

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Ja, selbstverständlich.

**Dr. Franz Josef Jung (CDU/CSU):**

Deshalb finde ich es erwähnenswert, dass wir die Qualität des Weinbaus durch ein Stützungsprogramm für Wein weiter fördern, und zwar mit rund 39 Millionen Euro im Jahr. Dies dient insbesondere der Steillagenförderung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer einmal in den entsprechenden Gebieten gewesen ist – sei es an der Mosel, sei es am Rhein oder in anderen Regionen – und gesehen hat, wie die Winzerinnen und Winzer gerade in den Steillagen durch sehr harte Arbeit mit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Kulturlandschaft auch in diesen Regionen in Zukunft erhalten bleibt und weiterentwickelt wird, der kann, glaube ich, nachvollziehen, dass die Steillagenförderung für die Winzerinnen und Winzer auch in Zukunft notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Qualitätsprodukt Wein ist aus meiner Sicht ein Kulturgut. Ich finde, wir müssen nur noch einen Beitrag leisten, dass dies noch mehr in das breite Bewusstsein unserer Bevölkerung eindringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Perspektiven, Planungssicherheit, Qualität und Produktinnovationen, das sind die Voraussetzungen für eine zukunftsfeste Landwirtschaft. Wir legen mit diesem Haushalt das finanzielle Fundament für eine positive Entwicklung unserer Landwirtschaft, für eine positive Entwicklung im Bereich der Ernährung. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für diesen Haushalt.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege Jung. – Nächste Rednerin ist Karin Binder für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Karin Binder (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Gäste auf den Tribünen! Herr Finanzminister Schäuble freute sich heute Morgen über die schwarze Null in seinem Haushalt und dass er seit 2010 keine Ausgabenerhöhungen mehr zugelassen habe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das mag für einen schwäbischen Häuslebauer durchaus erstrebenswert sein; aber ich sage Ihnen: Ein Finanzminister muss die Zukunft im Blick haben, die Zukunft des Landes, der Menschen und künftiger Generationen, und Zukunft braucht Entwicklung und deshalb Investitionen. Die schwarze Null aber bedeutet Stagnation.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

(D)

Karin Binder

- (A) Besonders deutlich wird das am Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Zusätzliche Mittel gibt es nur für überfällige Gebäudesanierungen oder notwendige bauliche Erweiterungen. Wo, frage ich Sie, bleiben die Investitionen, die notwendig sind, um die im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen umzusetzen? Wo schlagen sich diese Investitionen im Haushaltsplan nieder? Ich nenne nur wenige Beispiele.

Erstens: Nanotechnologie. Der Koalitionsvertrag verspricht staatliche Begleitforschung zum Thema Nanomaterialien, im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes eines der brennendsten Themen überhaupt. Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs werden mittels Nanotechnologie hergestellt oder mit Nanopartikeln besser verkaufbar gemacht; da sind die Unternehmen sehr kreativ und sehr erfinderisch. Das Problem ist nur: Wer kümmert sich um die gesundheitlichen Risiken, wer kümmert sich um die Einschätzung der Folgen, die diese Technologie nach sich ziehen kann? Diese Einschätzung muss uns Politikerinnen und Politikern am Herzen liegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen dafür sorgen, dass solche Produkte nicht einfach auf den Markt geworfen werden und man sich erst in 20 Jahren dafür interessiert, was alles an Krankheiten, Allergien oder Ähnlichem zutage tritt. Wir müssen Mittel einstellen, damit diese wichtige Forschung – Risikoabschätzung, Technikfolgenabschätzung, Begleitforschung zu all diesen Produkten, die hier bedenkenlos auf den Markt kommen – stattfinden kann.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens: Ökolandbau; dieses Thema wurde schon angesprochen. Die Verbraucherinnen greifen aus guten Gründen immer häufiger zu Ökoprodukten. Diese kommen aber immer öfter aus weit entfernten Ländern. Da frage ich mich: Wo bleibt dann der Nutzen für die Umwelt? Das Problem ist: Bei uns wächst der Ökolandbau nicht mit der Nachfrage nach diesen Produkten. Immer mehr Ökobauern geben auf, weil die Rahmenbedingungen einfach nicht stimmen, nicht ausreichen, um ihren Betrieb zu erhalten. Das heißt, der Bund muss dringend den regionalen Anbau und die Vermarktung hier im Land fördern, damit der Umwelt tatsächlich gedient ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mittel zu verstetigen, reicht nicht aus; verstetigen bedeutet nämlich: einfrieren. Sie haben im Koalitionsvertrag aber versprochen, den Ökolandbau zu fördern.

Drittens: Verbraucherschutz. Unter der Überschrift „Verbraucherschutz“ versprechen Sie im Koalitionsvertrag:

Wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können oder überfordert sind, muss der Staat Schutz und Vorsorge bieten.

Aber wo haben Sie das denn einkalkuliert? Ich finde das im Haushaltsplan nicht. Ungleichgewichte im Markt, also die Benachteiligung von Verbraucherinnen und Ver-

brauchern, beseitigen Sie nicht mit freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen verbindliche gesetzliche Regelungen, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern ihr Recht zu verschaffen. Hier ist politischer Wille gefordert. Klare Verbraucherinformationen gibt es nur mit einer gesetzlich geregelten Kennzeichnung. Deshalb fordert die Linke: Nicht nur Inhalts- und Zusatzstoffe, sondern auch die Herkunft und die Lieferwege wesentlicher Bestandteile industriell hergestellter Lebensmittel müssen verständlich und nachvollziehbar ausgewiesen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur mit solchen Nachweisen haben die Lebensmittelkontrolleure bei globalisierten Märkten und einer weltweit arbeitenden Lebensmittelindustrie eine Chance, möglichst frühzeitig Probleme zu erkennen und damit der Politik die Möglichkeit zum raschen Handeln zu geben.

Damit sind wir bei der Lebensmittelsicherheit. Dioxine, EHEC und andere gefährliche Krankheitserreger in Lebensmitteln, Gammelfleisch oder Pferdefleisch im Essen sind Beispiele für die Notwendigkeit einer kompetenten und schlagkräftigen Lebensmittelkontrolle. Lebensmittelkandale verunsichern die Verbraucherinnen und Verbraucher, und mit jedem weiteren Vorfall bröckelt das Vertrauen in die Lebensmittelbranche und in die Politik weiter. Deshalb müssen die Ursachen angegangen werden:

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (D)

Durch weltweite Lieferketten und den zunehmenden Handel von Lebensmitteln im Internet ist die Herkunft der zusammengekauften Zutaten kaum noch zu ermitteln. Wenige Handelskonzerne kontrollieren die Preise. Als Folge von Dumpingpreisen bleiben Qualität und Sicherheit auf der Strecke. Der Anteil an Fertigelebensmitteln nimmt ständig zu. Bei jedem Verarbeitungsschritt steigt aber das Risiko einer Verunreinigung. Gleichzeitig leidet die amtliche Lebensmittelüberwachung unter erheblichem Personal- und Ausstattungsmangel; es fehlen circa 3 000 Fachleute. Das Absurde ist: Gemeinden und Kommunen sind für die Kontrollen globaler Lebensmittelkonzerne zuständig. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen diese Kontrolle auf Bundesebene. Auf dieser Ebene muss auch die Stelle eingerichtet werden, die über die Länder hinweg koordiniert.

Ich komme zu einem letzten Punkt, der mir ganz wichtig ist, zum Thema „Schulverpflegung und Kindernerährung“. Ich wünsche mir wirklich, dass wir in diesen Haushalt noch sehr viele Dinge aufnehmen können. Die Ernährung der Kinder ist die wesentliche Grundlage dafür, wie sich ihre Entwicklung vollzieht, ob sie in der Lage sind, einen vernünftigen Schulabschluss zustande zu bringen. Deshalb ist eine flächendeckende bundesweite Schulverpflegung aus meiner Sicht unumgänglich.

**Karin Binder**

- (A) Hier ist der Bund in der Pflicht. Der Bund ist für Daseinsvorsorge und Fürsorge zuständig. Deshalb muss auch das bestehende Kooperationsverbot weg. Stattdessen brauchen wir ein Verbot der Kooperation mit der Lebensmittelindustrie, –

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Frau Kollegin!

**Karin Binder (DIE LINKE):**

– damit die Kinder nicht von vornherein mit viel Zucker, Salz und Fett verdorben werden.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist Christina Jantz für die SPD.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Christina Jantz (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es vollzieht sich ein Wandel in der Gesellschaft. Lebensmodelle und Konsumgewohnheiten ändern sich, und vor allem verbessert sich unsere Wertschätzung gegenüber anderen Lebewesen. Dem hat der Gesetzgeber, wir alle hier, Rechnung getragen, indem der Tierschutz in das Grundgesetz aufgenommen wurde.

- (B) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser aus meiner Sicht richtige, sich verändernde Stellenwert des Tierschutzes schlägt sich auch im vorliegenden Haushaltsentwurf nieder. Der Schutz der Tiere macht zu Recht einen guten Teil des Etats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aus. Der Tierschutz ist als übergreifendes Thema Teil vieler wichtiger Einzelposten in diesem Haushaltsentwurf. Er betrifft erstens sowohl die Forschung als auch die Praxis, zweitens sowohl die Privatpersonen als auch die Wirtschaft, und drittens ist er lokal und auch global relevant.

Als Tierschutzbeauftragte meiner Fraktion freue ich mich deshalb, dass mit diesem Haushalt natürlich auch aufgrund unserer SPD-Forderung trotz umfassender Sporbemühungen dem Schutz der Tiere viel Raum zugestanden wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Koalitionsvertrag gibt dabei die Richtung der Bemühungen der kommenden Jahre vor. So haben wir darin unter anderem eine nationale Tierwohloffensive vereinbart. Wir wollen eine sichtbare Verbesserung beim Tierwohl. Die Nutztierhaltung muss tierechter werden. Sie passt sich damit auch den veränderten Wünschen in der Gesellschaft an. Hierbei müssen selbstverständlich die Tiergesundheit, die Möglichkeit zum

natürlichen Verhalten der Tiere und das Tierwohl im Vordergrund stehen, (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

dies alles vor dem Hintergrund, dass gute Haltungsbedingungen weniger kranke Tiere bedeuten und damit auch der Medikamenteneinsatz insgesamt zurückgefahren wird. Daran schließt sich an, dass wir ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme einführen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die SPD hat schon früh einen Tierschutz-TÜV gefordert. Das bedeutet, dass es zukünftig für serienmäßig hergestellte Stallsysteme einheitliche Prüfrichtlinien geben wird. Daher finde ich es richtig, dass die Zuschüsse zur Förderung von Modell- und Demonstrationsverfahren in diesem Jahr auf 16 Millionen Euro erhöht werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

7 Millionen Euro hiervon sind alleine für Projekte im Bereich des Tierschutzes vorgesehen. Mit diesen Mitteln werden wir unter anderem Forschungsvorhaben finanzieren, mit deren Hilfe der Antibiotikaeinsatz reduziert und die Hygiene in den Ställen verbessert wird. Wir werden mit diesen Mitteln auch den Praxistransfer von Forschungsergebnissen voranbringen, und die Landwirtschaft wird hiervon profitieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Der gesellschaftliche Diskurs über die Größe tierechter Haltung hat bereits begonnen. So befürchten beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger sicher nicht nur in meinem Wahlkreis mit der Errichtung eines großen Schweinemaststalls Belastungen für Umwelt und Anwohner. Die Auswirkungen dieser Intensivtierhaltung wie Belastungen des Grundwassers und der Nährstoffüberschuss sind vielerorts bereits spürbar. Eine solche Entwicklung kann auf Dauer nicht gesund sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Tierechter ist sie auf keinen Fall. Daher brauchen wir eine flächengebundene Tierhaltung. Wir müssen bei diesem Prozess vor allem die Bauern mitnehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Forschung kann und muss uns dabei unterstützen. Die Förderung unterschiedlicher Forschungsinstitute, -projekte und -cluster in den kommenden Jahren ist daher aus meiner Sicht genau der richtige Ansatz. Stellvertretend erwähnt sei hier nur das Friedrich-Loeffler-Institut, das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, das wir mit rund 120 Millionen Euro unterstützen werden.

Lassen Sie es mich ganz klar sagen: Im Vordergrund steht natürlich das Tier und seine Lebensbedingungen. Aber wir brauchen Qualitätsstandards auch, um mit un-

**Christina Jantz**

- (A) seren landwirtschaftlichen Produkten international bestehen zu können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es gilt hier, was für nahezu alle deutschen Wirtschaftszweige gilt: Wir können nicht anders, als uns bei den Standards an die Spitze zu setzen. Nur so können wir auf den globalisierten Märkten bestehen. Dass dies der richtige Weg ist, sehen wir auch daran, dass eine tierechte Nahrungsmittelproduktion vom Verbraucher zunehmend honoriert wird. Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch, dass wir diese hohen Standards sichtbar machen. Nur durch eine klare, transparente Kennzeichnung mit Tierschutzsiegel hat der Verbraucher eine echte Wahl.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Franz Josef Jung [CDU/CSU])

Auch in der Forschung ganz allgemein muss es Veränderungen hin zu mehr Tierschutz geben. Ziel muss es sein, die Zahl der Tierversuche auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch, kurz ZEBET, kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Kern dieser Forderung ist das aus meiner Sicht wichtige Ziel, Tierversuche komplett zu vermeiden. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass wir diese Einrichtung über den Etat des Bundesinstituts für Risikobewertung fördern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir abschließend eine persönliche Anmerkung: Der sorgsame Umgang mit Tieren ist für mich nicht nur als Tierschutzbeauftragte, sondern auch ganz persönlich dort ein Anliegen, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt. Er ist für mich eine ethische Verpflichtung. Insgesamt sehe ich den Tierschutz zudem in einem größeren Zusammenhang. Aus ihm ergibt sich die Notwendigkeit einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft, des Erhalts und der Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und des Naturschutzes im Allgemeinen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland muss im Tierschutz weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir rücken das Tierwohl in den Vordergrund und vergessen zugleich die Landwirtschaft nicht. Mit diesem Haushalt begeben wir uns auf den richtigen Weg für den Tierschutz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. Das ganze Haus gratuliert Ihnen zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrem Einsatz nicht nur, aber auch für die Rechte der Tiere. (C)

Darf ich Sie bitten, die Gratulationstour etwas zu beschleunigen. Sie können ja hinterher noch etwas trinken. Ihr Vorredner hat ja gesagt, das sei gut für die Stimmung. – Dann kommt Harald Ebner als nächster Redner für Bündnis 90/Die Grünen.

(Alois Gerig [CDU/CSU]: Das ist schlecht für die Stimmung!)

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gut Ding will Weile haben, könnte man beim späten Einbringen dieses Haushalts meinen – wenn es denn so wäre. Beim Blick auf den Einzelplan 10 frage ich mich aber: Was haben Sie eigentlich die ganze Zeit gemacht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Gearbeitet!)

Der Plan ist ein einziges Weiter-so, Kollege Holzenkamp. Vom Regierungswechsel merke ich nichts.

Doch auch wenn sich offenbar drinnen trotz neuer Koalition nichts geändert hat: Draußen in der Welt hat sich doch einiges von Relevanz für Landwirtschaft und Ernährung getan. Lassen Sie mich drei Punkte herausgreifen: den Bericht des Weltklimarates, den Bericht zur Lage der Natur und, last, but not least, die Gentechnik. (D)

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Das überrascht mich jetzt!)

Eines zur Klarstellung vorneweg: Wir Grünen sagen ausdrücklich Ja zur bäuerlichen Landwirtschaft und zu unseren wunderschönen Kulturlandschaften in Deutschland. Das gehört untrennbar zusammen. Gerade deshalb wollen wir, dass unsere Bauern und Bäuerinnen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden. Das ist Ihre Aufgabe, Herr Minister, als Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo liegen die Herausforderungen? Erstens. Der neue Bericht des Weltklimarates zeigt: Es geht nicht mehr um Wandel. Es droht eine Klimakatastrophe, und das auch bei uns. Wenn künftig immer häufiger extreme Starkregenereignisse auf ausgetrocknete vegetationsarme Böden treffen, dann ist die Existenzgrundlage unserer Bauern, nämlich der Boden, akut gefährdet.

Wenn Sie schon nicht die Ursachen der Klimakatastrophe angehen wollen, weil Ihnen die Kohle wichtiger ist als das Klima, dann müssen Sie doch wenigstens die Anpassung unserer Landwirtschaft an die Folgen unterstützen. Das geht aber nicht mit einem Haushalt des Weiter-so. Dafür brauchen wir gezielte Investitionen in eine klimagerechte Landwirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Das machen wir doch!)

**Harald Ebner**

- (A) Da lassen Sie die Landwirte aber im ausbleibenden Regen stehen. Immerhin, Sie fördern die Züchtung klimaangepasster Kulturpflanzen mit 1 Million Euro; aber den Posten haben Sie im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte gekürzt. Gleichzeitig geben Sie allein für die Verbesserung der Fleischqualität das Dreifache aus. Ja, beim Klima geht es um die Wurst, aber da haben Sie, glaube ich, doch etwas falsch verstanden.

Das, was Sie anpacken, passt nicht zu Ihrer Politik in anderen Feldern, meine Damen und Herren. Sie stocken die Mittel für die Biomasseforschung weiter auf. Gleichzeitig kürzen Sie beim EEG und gehen den erneuerbaren Energien an den Kragen. Das ergibt doch keinen Sinn. Ich habe den Eindruck: Hier weiß die linke Hälfte der Regierung nicht, was die rechte Hälfte der Regierung tut.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie hier doch etwas für die Ökologisierung der Biomasse und für das Biogas!

- Zweitens. Der aktuelle Bericht zur Lage der Natur von Umweltministerin Hendricks ist ein Offenbarungseid. Gerade in unseren Agrarökosystemen müssen wir ein dramatisches Artensterben beklagen. Aber statt in die Forschung und die Förderung von Bewirtschaftungsalternativen zu investieren, will die Bundesregierung jetzt auch Pestizide auf den ökologischen Vorrangflächen zulassen. Staatssekretärin Flachsbarth schiebt die Verantwortung ab und ruft die Bundesländer zu größeren Anstrengungen bei den Agrarumweltmaßnahmen auf. Dabei hat Bundeskanzlerin Merkel die dafür nötigen EU-Gelder in der zweiten Säule zusammenstreichen lassen. Von Horst Seehofers Versprechen, die Mittel für die GAK aufzustocken, hört man nach der Wahl nichts mehr. Sie wollen mit weniger Geld mehr Natur- und Umweltschutz betreiben und dann noch eine nachhaltige Politik für den ländlichen Raum. Das funktioniert nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Das kann nicht jeder!)

Dabei wäre es doch so einfach. Der von der Bundesregierung eingesetzte Rat für Nachhaltige Entwicklung hat den Ökolandbau als Goldstandard der Nachhaltigkeit bezeichnet. Aber ausgerechnet das Bundesprogramm Ökologischer Landbau dümpelt auch in diesem Haushalt weiter vor sich hin. Bei Ihnen ist das Bundesprogramm zur Resterampe verkommen, mit der alles Mögliche finanziert wird, nur möglichst kein Ökolandbau. Wer mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft will, muss genau hier investieren. Genau das werden wir einfordern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie versenken lieber 4 Millionen Euro für ein verbessertes Düngemanagement in viehstarken und wassersensiblen Gebieten und geben damit Steuergelder aus, um ein Problem zu lösen, an dessen Schaffung andere Geld verdienen. Verursacherprinzip sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Dabei liegen im Forschungsministerium – wenn Sie da denn ran wollen – satte 135 Millionen Euro für den Bereich Bioökonomie bereit. Dieses Geld gehört aus meiner Sicht zumindest in wesentlichen Teilen in den Agrarhaushalt, Herr Minister. Sie können doch nicht ernsthaft für Ihr Haus die Federführung bei der Entwicklung der Bioökonomiestrategie reklamieren und sich dann jeden Gestaltungsspielraum im Haushalt aus der Hand nehmen lassen. Da müssen Sie ran, wenn Sie nicht König ohne Land sein wollen. (C)

Drittens und Letztens. In der Agrogentechnik verfolgen Sie gerade die Linie bei der Genmaiszulassung: erst die Katze aus dem Sack lassen und dann mit Schmackes auf den Sack draufhauen und mit Opt-out Scheinlösungen vorgaukeln. Das muss man erst einmal hinbekommen. Wenn es nun eine Scheineinigkeit in der Gentechnik gibt – alle sagen, dass wir die Gentechnik nicht brauchen –, dann frage ich mich: Wo finde ich das im Haushalt? Ich finde es nicht. Es gibt kein Geld für eine Kampagne für das Qualitätssiegel „Ohne Gentechnik“. Es gibt zudem keine gezielte Förderung der gentechnikfreien Pflanzenzüchtung. Da herrscht im Haushalt Fehl-anzeige. Das muss sich ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Das genau nicht!)

Noch eine allerletzte Bemerkung. Im Europawahlprogramm der CDU ist zu lesen:

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wollen wir den Züchtern die Möglichkeit einräumen, auf dem Gebiet der Nutzung grüner Gentechnik wissenschaftlich tätig zu sein. (D)

Was, glauben Sie denn, kommt dabei heraus, wenn sich Züchter mit Grüner Gentechnik befassen?

(Rita Stockhofe [CDU/CSU]: Gute Ergebnisse!)

Dabei kommt Gentechniksaatgut für den Anbau heraus. Das werden wir bekommen, wenn Sie mit dem Haushalt so weitermachen. Das muss sich ändern. Dafür setzen wir uns ein.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Marlene Mortler für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Marlene Mortler (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, in dieser Zeit und in einem Land zu leben, wo Lebensmittel noch nie so sicher waren wie heute, ob biologisch oder konventionell hergestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Marlene Mortler

- (A) Ich darf aus einem Interview mit unserem Minister Schmidt in der heutigen Ausgabe des *Tagesspiegels* zitieren. Als er in zwei Sätzen erklären sollte, was er als seine wichtigste Aufgabe ansieht, hat er geantwortet: „Die Landwirtschaft und die Bedeutung des ländlichen Raums allen Menschen näherzubringen.“ Das wünsche ich mir auch von der Opposition. Des Weiteren sagte er: „Unsere Lebensmittel sicherhalten und für den Respekt vor der Schöpfung arbeiten.“

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für diese wichtigen Aufgaben geben wir ihm heute den nötigen Agrarhaushalt an die Hand. Mit 5,31 Milliarden Euro halten wir den Agrarhaushalt, wie ich meine, auf einem hohen Niveau, und das zu Recht; denn Landwirtschaft ist eine Zukunftsbranche. Nur mit der Landwirtschaft wird es gelingen, die Herausforderungen angesichts der wachsenden Weltbevölkerung zu meistern. Ich denke, Deutschland hat hier als Gunst- und Wissensstandort national und international eine besondere Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir setzen also in diesem Haushalt nicht nur auf Kontinuität, sondern wollen auch eine Landwirtschaft, die nachhaltig wirtschaftet und leistungs- und wettbewerbsfähig bleibt.

Lassen Sie mich aus meiner Sicht noch drei Punkte aus dem Haushalt herausgreifen. Erstens. Den größten Posten – das wurde schon mehrfach genannt –, nämlich 70 Prozent des Haushalts, bildet der Agrarsozialbereich.

- (B) Als zuständige Berichterstatterin sind mir folgende Punkte wichtig: In der landwirtschaftlichen Bevölkerung werden zwar mehr Kinder geboren als in der übrigen Bevölkerung; aber es zahlen nur diejenigen Beiträge in das landwirtschaftliche Sicherungssystem, die einen Hof bewirtschaften bzw. dort arbeiten. Das ist leider die absolute Minderheit. Das heißt auch, dass das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung viel schlechter ist als in der allgemeinen gesetzlichen Sozialversicherung. Das hat gravierende Auswirkungen.

Dem tragen wir durch angepasste Haushalte übrigens immer wieder Rechnung. Bereits im Jahr 1957, als die landwirtschaftliche Alterssicherung eingeführt wurde, hat man von einem Teilsicherungssystem gesprochen. Seit 1995 trägt nun der Bund die finanziellen Folgen eines leider beschleunigten Strukturwandels. Das ist nicht selbstverständlich. Daher an alle Akteure, die im Haushaltsbereich tätig sind, ein großes, dickes Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Lieber Kollege Priesmeier, ich freue mich aufrichtig, dass du schon fast wieder der Alte bist.

(Willi Brase [SPD]: Er hört auf, zu rauchen!)

Damit es dir gleich noch viel besser geht, spreche ich die Hofabgabeklausel an, die ebenfalls auf unserer Agenda bleibt.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das interessiert uns auch!)

- (C) Auch in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung können die aktiven Mitglieder nicht alle Ausgaben für ihre eigenen Rentner bzw. Altenteiler stemmen. Sie wären finanziell schlichtweg überfordert. Danke deshalb auch dem Bundesminister und den Haushältern für die zusätzlichen, heute schon mehrfach genannten Kompensationsmittel von 37 Millionen bzw. 25 Millionen Euro. All dieses Geld ist gut investiert. Es hilft im Alter, unterstützt bei Krankheit und sichert bei Unfällen ab.

Mein zweiter Punkt ist der gesundheitliche Verbraucherschutz. Auch wenn das V im BML verschwunden ist, bleibt Verbraucheraufklärung Daueraufgabe. Gerade die Arbeit des Bundesinstituts für Risikobewertung hat sich bewährt. Deshalb begrüße ich auch hier die Mittelaufstockung sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Denn das BfR zeigt Missstände auf, und es steuert auch dann mit Fakten dagegen, wenn Verunsicherung oder bewusste Panikmache den Blick für Sachargumente verschließen. Je mehr sich die Menschen von der Lebenswirklichkeit auf dem Land und der Erzeugung von Lebensmitteln entfremden, umso wichtiger wird diese Arbeit bzw. diese Aufgabe.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, als Landfrau freue ich mich außerdem, dass wir weiter auf eine gesunde Ernährungsweise setzen, auf transparente Lebensmittelkennzeichnung und auf die Vermeidung von Lebensmittelabfällen.

- (D) Dritter Bereich: unsere Investitionen in Forschung und Innovationen. Kollege Jung hat darauf intensiv hingewiesen: Immerhin sind dafür im Etat 510 Millionen Euro veranschlagt. Ich möchte das Kind gerne einmal beim Namen nennen: Egal ob Tiergesundheit – Friedrich-Loeffler-Institut –, Kulturpflanzen – Julius-Kühn-Institut –, leistungsfähige Pflanzensorten – Bundessortenamt –, Ernährung und Lebensmittel – Max-Rubner-Institut –, Lebensmittelsicherheit – Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – oder Ressourcennutzung – Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut –: Hier liegt die Forschung in unserem Land in guten Händen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer aufgepasst hat, hat bemerkt: Die BLE, die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, habe ich nicht erwähnt. Ich nenne sie jetzt ganz bewusst noch. Die BLE richtet nämlich alle zwei Jahre – das ist den meisten hier unbekannt – eine internationale Tagung für alle Führungskräfte im Bereich der Landjugend aus – diese Tagung ist einmalig –, und zwar in Herrsching in Bayern; darüber freue ich mich als Bayerin natürlich. Dorthin kommen junge Leute, um sich – das ist weltweit einmalig – auszutauschen, um sich fit zu machen für die Anliegen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Auch dieser Austausch wird durch unseren Haushalt gestützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden unserem Minister mit diesem Etat ein solides Fundament be-

**Marlene Mortler**

(A) reiten. Wir wünschen ihm eine glückliche Hand im Sinne von Respekt und Bewahrung unserer Schöpfung.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich habe das, was ich das letzte Mal überzogen hatte, heute wiedergutmacht. Ich bin vor Ablauf meiner Redezeit fertig.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und alles Gute bei den weiteren Beratungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Marlene Mortler. Bei Ihnen wäre ich heute auch ganz besonders gnädig gewesen. – Rainer Spiering ist der nächste Redner für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Rainer Spiering (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Liebe Schülerinnen und Schüler! Im aktuellen Haushalt nehmen die Bereiche Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation einen hohen Stellenwert ein. Wir hören, das Gesamtbudget umfasst 5,3 Milliarden Euro. Hiervon entfallen, wie bekannt, 3,6 Milliarden Euro auf die landwirtschaftliche Sozialpolitik und 600 Millionen Euro auf die GAK-Mittel. Für Forschung und die vier Ressortforschungseinrichtungen sind insgesamt 510 Millionen Euro – eine halbe Milliarde Euro, Kolleginnen und Kollegen! – veranschlagt; damit ist dies der drittgrößte Posten in diesem Einzelplan.

(B)

Schwerpunkte der Forschungsinvestitionen sind eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, Klima- und Ressourcenschutz, Sicherheit von Lebensmitteln, Tierwohl – die Kollegin Christina Jantz hat es gerade gesagt und, wie ich finde, sehr anschaulich deutlich gemacht –

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und gesunde Ernährung.

Es ist richtig, den Mittelzufluss für die großen Forschungseinrichtungen konsequent zu steigern und ihnen Planungssicherheit zu geben. Die Langzeit- und Großforschung ist mit einer Haushaltssteigerung von 4 Prozent gut berücksichtigt. Glückwunsch, Herr Minister!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Forschung im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich hat nicht nur etwas mit Saatgut und Seuchenprävention zu tun, nein, es geht hierbei auch um zentrale Fragen unserer zukünftigen Ernährung. Diese wird durch die Landwirtschaft und die nachgelagerte Lebensmittelproduktion gesichert. Sie wissen, unsere Erde und ihre Ressourcen gibt es nur einmal.

Phosphor zum Beispiel als Bestandteil von Dünger wird in naher Zukunft ein knappes Gut sein. Die weltweiten Phosphorvorräte werden, wenn nicht massiv umgesteuert wird, in nicht einmal einer Generation aufgebraucht sein. Ich habe gelemt, nur 0,09 Prozent der

Erdrinde geben Phosphor her. Es heißt, Alternativen aufzuzeigen. Hier sind wir in Deutschland mit unseren großen Instituten Julius Kühn, Friedrich Loeffler, Max Rubner, Johann Heinrich von Thünen und anderen sehr gut aufgestellt. (C)

Herr Minister, ich möchte jetzt auf eine besondere Förderung des ländlichen Raums kommen: Wichtig ist, auch kleinere Institute in den Blick zu nehmen. Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kurzen Augenblick bei einer Stadt im nördlichen Landkreis Osnabrück verweilen. Ich gebe zu: Jetzt kommt der Werbeblock Heimat.

Quakenbrück ist ein kleines Mittelzentrum mit circa 13 000 Einwohnern im Grenzbereich der Landkreise Cloppenburg und Vechta, die wiederum allgemein bekannt sein dürften. Wir befinden uns in einer Region, die maßgeblich an der Fleischproduktion der Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist.

Ende der 80er-Jahre erlebte diese kleine Stadt wie viele andere auch eine tiefgreifende Strukturkrise, verbunden mit dem Rückgang der Zahl hochwertiger Arbeitsplätze. Heute beheimatet die Stadt Quakenbrück das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik, kurz: DIL. Eingebettet in eines der Zentren der Fleisch- und Lebensmittelproduktion hat sich hier ein Hochleistungszentrum für Forschung und Anlagentechnik entwickelt.

Eine kleine Randbemerkung. Dem einen oder anderen Sportbegeisterten wird Quakenbrück bekannt sein.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Ja!)

Die Basketballmannschaft Artland Dragons spielt in der 1. Bundesliga. (D)

(Beifall bei der SPD – Willi Brase [SPD]: Bravo!)

– Ja, ein Spitzenteam im ländlichen Raum. – Herr Minister, wir brauchen auch Spitzenteams in Forschung und Innovation im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Haben Sie gerade dichtgemacht!)

Wenn wir diesen Raum stärken wollen, haben wir die Möglichkeit dazu, durch vermehrte Projektförderung von kleineren Forschungseinrichtungen, auch fernab der Ballungszentren, gerade auch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den Bereichen der Technikfolgenabschätzung und der Nanotechnologie. Lassen Sie uns die Forschung dort fördern, wo auch die Produktion stattfindet: im ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dann ist die Kette zwischen Forschung und Umsetzung in der Praxis auch geschlossen.

Warum brauchen wir diese Forschung? In unserer hochmodernen Gesellschaft vergessen wir mitunter, was die Basis unseres Daseins ist. Wir benötigen täglich gesunde Nahrungsmittel, am besten nachhaltig und ressourcenschonend produziert. Der erste Sektor, also die Urproduktion, sichert unsere Ernährung und bildet die Grundlage für alles, was danach kommt, für den Sektor

**Rainer Spiering**

- (A) der Industrie und die Dienstleistungsbranche. Man muss immer wissen, wo es anfängt und wo es aufhört.

Ernährung ist in hohem Maße eine Frage des Vertrauens. Wir haben in der Vergangenheit häufig erlebt, dass durch Lebensmittelskandale dieses Vertrauen erschüttert wurde. Es ist unsere Aufgabe, durch Forschung und Entwicklung dafür zu sorgen, dass das Grundvertrauen der Verbraucher langfristig wiederhergestellt wird und dass die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie ihre Produkte, die gut hergestellt sind, auch ordentlich auf den Markt bringen können.

Aber es geht auch darum, die Ernährung generell sicherzustellen. Wir finden heute im Supermarkt ein Angebot im Überfluss. Aber ist es sicher, dass das langfristig so bleibt? Stichworte in einer sich verändernden Umwelt sind „Klimawandel“, „Rückgang der Ressourcen“, als kleines Beispiel: „massenhaftes Bienensterben“, und zwar durch Einflüsse, die wir erzeugen haben.

Schon heute gibt es eine Eiweißlücke in Europa. Wir benötigen mehr pflanzliches Eiweiß, als auf den Ackerflächen unseres gesamten Kontinents angebaut werden könnte. Diese Eiweiße werden für Futtermittel benötigt, um die Tiere zu mästen, die später unseren Fleischbedarf stillen sollen. Was uns an pflanzlichem Eiweiß fehlt, stammt von Soja-Monokulturanbauflächen in Nordamerika oder aus abgeholzten Regenwäldern in Südamerika. Ist das nachhaltig? Nein.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])

- (B) Ist das ressourcenschonend oder wirtschaftlich effizient? Nein. Ist das ethisch vertretbar? Ein ganz großes Fragezeichen!

Dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, warum Forschung im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft wichtig ist. Das ist übrigens auch ein Bereich, in dem das vorhin von mir genannte DIL forscht.

Forschung allein reicht aber nicht. Die Forschungsergebnisse müssen auch in die Praxis gelangen und dort angewendet werden. Deshalb begrüßt die SPD-Fraktion die konsequente Förderung des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“ und anderer Formen nachhaltiger Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es bleibt bei 17 Millionen!)

Das Bundesprogramm richtet sich auf die nachhaltige Beseitigung von Wachstumshemmnissen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Rund 10 Millionen Euro sollen für die Förderung des Wissenstransfers zwischen Forschung und Praxis verwendet werden. Das ist der richtige Weg.

Der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft benötigt Kontinuität und Flexibilität und darf nicht Streichreserve für das Gesamtbudget werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Unsere Maximen sind: Planungssicherheit für die großen Institute, die hervorragende Arbeit leisten, aber auch

Förderung kleinerer Einrichtungen als regionale Leuchttürme, die eine Perspektive für den ländlichen Raum darstellen. (C)

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner: Alois Gerig für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Alois Gerig (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Schade, dass ich heute keinen Geburtstag habe.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Von den nüchternen Zahlen her gesehen ist der Einzelplan 10 mit seinen 5,31 Milliarden Euro in unserem 300 Milliarden Euro umfassenden Gesamthaushalt eher unbedeutend. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir bei dieser Debatte sowohl die Zahlen als auch die Bedeutung unseres Ressorts ins rechte Licht rücken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Landwirtschaft ist durch einen immensen Strukturwandel zu einer in der Tat eher kleinen Branche geschrumpft. Gleichwohl ist ihre volkswirtschaftliche Bedeutung für die Menschen in Deutschland von ganz besonderer Wichtigkeit. Immerhin hängt jeder neunte Arbeitsplatz mit allen vor- und nachgelagerten Gewerken direkt oder indirekt mit der Land- und der Ernährungswirtschaft zusammen. (D)

Unsere Bäuerinnen und Bauern versorgen die Bürger mit guten und preiswerten Lebensmitteln. Nirgendwo auf dieser Erde sind dabei die Standards für Pflanzenproduktion und Tierhaltung höher und damit die behördlichen Auflagen strenger als bei uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Auch deshalb müssen wir eine vernünftige und ausgewogene Politik der Wertschätzung für die Land- und Forstwirtschaft sowie für die ländlichen Räume insgesamt machen – mit Verlässlichkeit und Perspektive für die Branche.

Gewiss, die Einkommen der Landwirte sind sehr breit gestreut, mit Bilanzen von hochrot bis schwarz. Im Mittel liegen sie aber weit hinter dem gewerblichen Vergleichslohn. Lieber Kollege Ostendorff, auch deshalb können wir auf den Agrardiesel nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen deshalb mit einer möglichst ausbalancierten Agrarpolitik dafür Sorge tragen, dass der Agrarsektor positive wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorfin-

Alois Gerig

- (A) det, die bürokratischen Hürden nicht unüberwindbar werden und so bei unseren Bäuerinnen und Bauern – das ist mir ganz wichtig – die Freude an einem der ältesten, aber schönsten Berufe dieser Welt erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insbesondere liegen mir dabei die bäuerlichen, familiengeführten Betriebe am Herzen. Dort wird mit Liebe zur Natur und Liebe zu den Tieren über das ganze Jahr in harter Arbeit dafür gesorgt, dass genügend gute Lebensmittel bereitstehen und dass unsere Kulturlandschaft in der gebotenen Vielfalt und Schönheit gepflegt und erhalten bleibt. Anfeinden und diffamieren, liebe Kollegen von der Opposition, ist hier nicht nur fehl am Platz, sondern beschleunigt den Strukturwandel zusehends.

Wir sind gefordert, mit einer klugen Agrarpolitik möglichst dazu beizutragen, die Balance und so das friedliche Miteinander zwischen konventionellen und Biobetrieben, zwischen kleineren Nebenerwerbsbetrieben und flächenstarken Großbetrieben herzustellen. Das zunehmende Landgrabbing durch außerlandwirtschaftliche Investoren stellt hierbei ohne Zweifel ein zunehmendes Problem dar, welchem wir uns nach meiner Einschätzung politisch noch mehr widmen müssen als bisher.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, Bescheidenheit ist eine Tugend der Landwirtschaft, und so freue ich mich, dass unser kleiner, feiner Haushaltsplan 10 immerhin um 41 Millionen Euro anwachsen soll, obwohl ein Teil unserer Zuständigkeiten im Verbraucherschutz in das Justizressort abgewandert ist.

(B)

Dass rund zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel in die agrarsoziale Sicherung gegeben werden, ist richtig und wichtig, um insbesondere Härten bei dem von mir schon angesprochenen Strukturwandel abfedern zu können.

Mit der GAP-Reform und damit der möglichst gerechten Verteilung der Finanzmittel der EU kommen wir jetzt hoffentlich gut voran. Bei der Feinplanung müssen wir dafür Sorge tragen, dass sie möglichst gerecht ausgestaltet wird.

Ich finde es ein bisschen schade, dass die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht aufgestockt werden. Wir alle wollen selbstverständlich zum Ziel eines ausgeglichenen Haushalts beitragen. Gleichwohl bleibt die GAK ein wichtiges Förderinstrument. Mit rund 600 Millionen Euro werden Infrastrukturmaßnahmen in ländlichen Räumen sowie Investitionen in der Landwirtschaft und dem Ökolandbau unterstützt.

Mit dem finanziellen Spielraum des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wollen wir Wirtschaftsministerium und Umwelt für den ländlichen Raum sein. Da geht es sehr wohl um eine gezielte Politik für die ländlichen Räume in ganz vielen Bereichen des täglichen Lebens. Es geht um unser Bestreben für eine maßvolle Umsetzung der EEG-Novelle und um eine nachhaltige Forstwirtschaft. Ebenso wollen wir unseren

Teil zum Verbraucherschutz mit oder ohne „V“ im Namen des Ministeriums sehr ernst nehmen. (C)

Mein Dank geht hier und heute besonders an unseren neuen Bundesminister Christian Schmidt mit seinen Staatssekretären und Mitarbeitern für die Ausarbeitung dieser Vorlage. Vorab auch einen Dank an unseren ebenso neuen Fachhaushälter Cajus Caesar, der sich in unserem Sinne bei den Verhandlungen – da bin ich ganz sicher – in die Riemen schmeißen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, dass wir zum Abschluss des heute beginnenden parlamentarischen Verfahrens einen guten Haushalt beschließen werden. Es gibt allerdings viel zu tun. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Ute Vogt für die SPD.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Ute Vogt (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank an das Ministerium, dem Minister sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, schließe ich mich gerne an. (D)

Ich möchte Ihren Blick auf die Zahlen lenken; denn die zeigen uns, wie stark die Europäische Union unsere Landwirtschaftspolitik auch in Deutschland prägt. Die gesamten Ausgaben unseres Ministeriums liegen bei 5,31 Milliarden Euro. Die Direktzahlungen der Europäischen Union betragen 5,1 Milliarden Euro, kaum weniger als das gesamte Budget, das dem Landwirtschaftsministerium zur Verfügung steht.

Ich will diese Debatte nutzen, um auch denen zu danken, die in rund 300 000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland dazu beitragen, dass wir eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Lebensmitteln haben und dass unsere Kulturlandschaft geprägt und erhalten wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ohne Zweifel ist die Vielfalt unserer Landschaft auch ein Erfolg des europäischen Modells. Es hat zumindest dazu beigetragen, diese Vielfalt bei uns in Deutschland zu erhalten. Trotzdem haben wir großen Bedarf an einer Neuausrichtung. Wir müssen die Weichen stellen, um nach 2020 die Mittel zielgenauer einzusetzen. Für unsere Fraktion – ich denke, auch für die Regierung – stehen dabei nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften sowie tiergerechte Landwirtschaft als wichtige Punkte ganz vorne an.

(Beifall bei der SPD)

Die Kollegin Christina Jantz hat eindrucksvoll darüber gesprochen: Tiere dürfen nicht zum Industriepro-

Ute Vogt

- (A) dukt degradiert werden. Sie sind Teil der Schöpfung. Man muss sie als solches ansehen und auch entsprechend behandeln. Ich freue mich ausdrücklich, dass wir mit dem neuen Herrn Minister einen Landwirtschaftsminister haben, dem solche Ansätze nicht fremd sind. Ich hoffe deshalb, dass wir hier in dieser Legislaturperiode richtige Fortschritte machen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im vorliegenden Haushalt spielen auch die Forschungsmittel eine große Rolle. Uns ist wichtig, dass wir die Agrarforschung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, besser verzahnen. Kollege Spiering hat darauf hingewiesen: Es ist auch ein wichtiger Ansatz, dass wir – nicht nur bei ihm vor Ort, sondern überall im ländlichen Raum – darauf achten, das Geld nicht nur an die großen Institute zu vergeben, sondern gerade auch kleinen Instituten eine Chance zu geben, mit ihrem speziellen Fachwissen dazu beizutragen, die Forschungslandschaft vielfältiger zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Es ist uns von der SPD weiterhin ein großes Anliegen, den ökologischen Landbau entsprechend zu würdigen. Für uns ist der ökologische Landbau Goldstandard. Der Markt ist nicht einfacher geworden; davon war schon mehrfach die Rede. Ich hätte einen Vorschlag, wie das Bundesprogramm Ökologischer Landbau stärker auf das Thema „Ökologischer Landbau“ fixiert werden könnte; wir haben uns schon öfter darüber unterhalten. Wir sind der Meinung, dass es wichtig wäre, ein eigenes Förderprogramm für den Bereich der Eiweißpflanzen aufzulegen und sich beim Bundesprogramm Ökologischer Landbau tatsächlich auf den Ökolandbau zu konzentrieren. Das wäre ein wichtiges Anliegen, Herr Minister. Wir würden uns freuen, wenn wir das gemeinsam erreichen könnten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich will ich etwas zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sagen. In der Tat ist sie mit Mitteln in Höhe von 600 Millionen Euro nicht so gut ausgestattet, wie wir uns das gewünscht haben und wie es der Kollege Seehofer – das darf ich sagen – eigentlich schon fast versprochen hatte, zwar nicht uns, aber der Agrarministerkonferenz. Vielleicht gelingt es, dafür zu sorgen, dass in der nächsten Legislaturperiode eine Schippe draufgelegt wird.

Unabhängig davon denke ich, dass wir diese Gemeinschaftsaufgabe verändern sollten, um die Mittel zu erhöhen. Europäische Förderprogramme eröffnen neue Spielräume bei der Stärkung der ländlichen Räume. Es geht jetzt darum, dass wir die Daseinsvorsorge, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum sichern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Da geht es nicht allein um landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch um kleine und mittlere Unternehmen, die

- (C) es eben auch braucht, um die Landwirtschaft im ländlichen Raum am Leben zu erhalten. Insofern sind wir der Meinung, dass wir die für einen besseren Mitteleinsatz notwendige Grundgesetzänderung vornehmen und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ tatsächlich in eine Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der ländlichen Räume umwandeln müssen. Das bringt uns mehr Mittel, die wir für den ländlichen Raum einsetzen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe noch zwei Wünsche, insbesondere an die Haushälter. Der Kollege Uli Freese hat schon den Waldklimafonds erwähnt. Die Erhöhung der Mittel für diesen Fonds ist ein Anliegen, dem wir uns anschließen. Es ist eine wunderbare Sache, dass es wenigstens gelungen ist, dass beide Ministerien, nämlich das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium, zu gleichen Teilen in diesen Fonds einzahlen. Aber wir wünschen uns, dass er so ausgestattet wird, dass wir den Beitrag, den der Wald zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten kann, effektiv nutzen. – Die Erhöhung der Mittel für den Waldklimafonds ist also ein wichtiges Anliegen unserer Fraktion.

- (D) Der zweite Punkt ist das Thema Hochwasserschutzprogramm. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das nationale Hochwasserschutzprogramm weiterzuführen. Unzählige Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus haben es im vergangenen Jahr erlebt: Es kostet uns ungeheure Summen von Geld – weit mehr als das, was wir zur Vorbeugung investieren müssten –, wenn ein Schaden eintritt. Ein Hochwasser bringt nicht nur einen materiellen Schaden – 8 Milliarden Euro wurden im letzten Jahr für die Schadensbekämpfung gebraucht –, sondern auch großes Leid für die Menschen, die die Hochwasserschäden zu verkraften haben. Insofern brauchen wir die Unterstützung des ganzen Hauses für die Erhöhung der Mittel in diesem Bereich. Ich würde mich über lebendige Beratungen freuen. Lassen Sie uns am Ende einen Haushaltsentwurf verabschieden, der sichtbar die Handschrift unseres Parlamentes, der Abgeordneten dieses Hohen Hauses trägt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Zum Abschluss der Debatte hat das Wort Cajus Caesar für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Cajus Caesar (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine ersten Worte möchte ich an unseren Minister Christian Schmidt richten. In den ersten Wochen seiner Amtszeit hat er gezeigt, wie wichtig ihm der Bereich Ernährung und Landwirtschaft ist. Mit Elan ist er die Dinge angegangen, aber nicht nur das. Mein Dank gilt

Cajus Caesar

- (A) ihm auch, weil er uns Politikern stets das Wort gönnt. So schaffen wir es gemeinsam, im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und – ich darf hinzufügen – Forsten etwas zu erreichen. Herr Minister, herzlichen Dank für diesen Elan!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich darf mich auch bei meinen Mitberichterstattem bedanken. Die ersten Gespräche haben gezeigt: Wir sind auf einem guten gemeinsamen Weg für die Landwirtschaft.

Ein zentrales Anliegen der Union ist der ländliche Raum. Betrachten wir die Zahlen: Der ländliche Raum hat über 44 Millionen Einwohner und 322 000 Quadratkilometer Fläche. 300 000 Familien arbeiten in der Landwirtschaft und sorgen so für die volkswirtschaftliche Bedeutung des ländlichen Raumes. Davon hängen wiederum 4 Millionen Arbeitsplätze ab, die mit der Landwirtschaft und den damit zusammenhängenden Bereichen verbunden sind. Man sieht: Es ist ein Bereich, für den es sich lohnt, sich einzusetzen. Wir als Union wollen das in besonderer Art und Weise tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Wichtig ist uns natürlich auch die Kulturlandschaft. Diese einzigartige Kulturlandschaft in Deutschland hätten wir nicht, wenn Bäuerinnen und Bauern nicht daran mitgewirkt hätten, sie zu gestalten. Mein Dank gilt all jenen, die im ländlichen Raum arbeiten, leben und ihn gestalten.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Ein zentraler Bereich – das ist schon mehrfach angeklungen – umfasst die Themen Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation. In diesem zentralen Haushaltsbereich werden die Mittel um 33 Millionen Euro erhöht. Das ist uns wichtig. Es gibt vier Ressortforschungseinrichtungen des BMEL: das Julius-Kühn-Institut, das Friedrich-Loeffler-Institut, das Max-Rubner-Institut und das Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut. Ich darf sagen: Diese Namen stehen für Zukunftsforschung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind sehr dankbar, dass dort die dafür nötige Arbeit geleistet wird. Deshalb sind die 510 Millionen Euro, die in den Bereich Forschung und Innovation insgesamt investiert werden, gut angelegtes Geld. Auch das ist uns wichtig.

Wir wollen Tiergesundheit, wir wollen Lebensmittelsicherheit, und wir wollen auch den Bereich der Fischereiforschung – das mag zunächst wie ein Randbereich klingen, er ist aber dennoch wichtig – fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für diesen Bereich erhöht werden. Wir als Koalition setzen mit diesem Haushalt das Signal, dass wir diesen Bereich voranbringen wollen.

Es ist uns wichtig, dass wir im Bereich der Fischereiforschung, der nicht so oft genannt wird, vorankommen, beispielsweise durch den Ersatzbau des Fischereifor-

schungsschiffes „Walther Herwig III“, für den insgesamt immerhin 100 Millionen Euro veranschlagt wurden. Aber auch das ist gut angelegtes Geld. Die Fischer in Deutschland tragen dazu bei, dass wir weltweit als Vorbild gelten. Nachhaltigkeit spielt in diesem Bereich ebenso eine wichtige Rolle. Hier schließt sich der Kreis.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist der demografische Wandel. Wir haben das Projekt „Modellvorhaben LandZukunft“ auf den Weg gebracht. Wir stellen uns der Herausforderung. Wir wollen, dass geeignete Strategien zur Bewältigung des Bevölkerungsrückgangs im ländlichen Bereich angegangen werden. Deswegen haben wir das Projekt „Modellvorhaben LandZukunft“ auf den Weg gebracht und mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen ausgestattet. Ich denke, dieses Projekt zeigt, dass uns, der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD, dieser Bereich wichtig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen gemeinsam mit den Landwirten auch das Tierwohl angehen. Das wird oft als Gegensatz dargestellt. Nein, unsere Sprecher, unsere Obleute haben gesagt: Das ist für uns ein wichtiger Bereich. Franz-Josef Holzenkamp, Alois Gerig, Johannes Röring, alle, mit denen wir uns stetig austauschen, haben gesagt: Wir wollen das Projekt Tierwohl gemeinsam auf den Weg bringen und ausstatten; uns ist daran gelegen, dass wir dabei erfolgreich sind.

Das gilt im Übrigen auch für andere Projekte. Es macht doch keinen Sinn, wenn wir sagen: Ökologischer Landbau ist gut, konventioneller Landbau ist schlecht. Wir müssen die Ideologien beiseitelassen und uns für die Landwirtschaft einsetzen. Dann sind wir auf dem richtigen, auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte an dieser Stelle das BiomasseForschungszentrum ansprechen, das mit immerhin 10,7 Millionen Euro ausgestattet werden soll, aber auch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe. Der gesamte Bereich Nachwachsende Rohstoffe soll laut Entwurf mit 60 Millionen Euro ausgestattet werden. Die Fachagentur zeigte in der Vergangenheit, dass sie Projekte in hervorragender Art und Weise bürokratiefrei meistert. Deshalb ist es uns ein großes Anliegen, dass die Fachagentur weiterhin die Dinge aktiv begleitet und den positiven Weg weiterhin beschreitet. Deshalb diese Mittelausstattung für Nachwachsende Rohstoffe, die zwar nicht erhöht werden konnte, aber in diesem Umfang gut angelegtes Geld ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Bereich des Waldes: Wir wollen – das haben meine Kollegen bereits angesprochen – einerseits die Mittel für den Waldklimafonds auf 20 Millionen Euro erhöhen. Auch das ist gut angelegtes Geld. Dieses Geld trägt zum Klimaschutz bei, und so werden Ökologie und Ökonomie sehr gut verbunden. Waldschutz ist andererseits auch international wichtig. Internationaler Waldschutz bedeutet, Wald zu sichern und etwas dagegen zu tun, dass jedes Jahr 13 Millionen Hektar verloren gehen. Damit könnten 20 Prozent des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes

(C)

(D)

Cajus Caesar

- (A) vermieden werden, da diese allein durch den Waldverlust verursacht werden. Es geht darum, nicht nachher teuer zu reparieren, sondern vorher präventiv zu handeln. Mit dem Minister und in der Großen Koalition sind wir uns einig, dass wir auch beim Waldschutz etwas tun wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Als Große Koalition wollen wir den Strukturwandel begleiten. Das haben wir durch eine entsprechend höhere Mittelausstattung der Sozialversicherung deutlich gemacht. Wir wollen den ländlichen Raum stärken. Wir wollen qualitativ hochwertige Ernährung, und wir wollen insbesondere die Arbeitsplätze von morgen im ländlichen Raum sichern. Wir werden die Herausforderungen angehen und damit auf Zukunft setzen. Wir als Große Koalition aus Union und SPD setzen uns für eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei ein.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Peter Hintze:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

- (B) **Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der Europäischen Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA) auf Grundlage der Beschlüsse 2014/73/GASP sowie 2014/183/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. Februar 2014 und vom 1. April 2014 in Verbindung mit den Resolutionen 2127 (2013) und 2134 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 5. Dezember 2013 und vom 28. Januar 2014**

**Drucksache 18/1081**

Überweisungsvorschlag:  
 Auswärtiger Ausschuss (f)  
 Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz  
 Verteidigungsausschuss  
 Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe  
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
 Haushaltsausschuss gemäß § 96 der GO

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wenn die allfälligen Verabschiedungen ihren ordnungsgemäßen Abschluss gefunden haben, können wir in die Debatte einsteigen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Rednerin erteile ich das Wort Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

**Dr. Ursula von der Leyen**, Bundesministerin der Verteidigung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einer Woche sind die drei Religionsführer aus Zentralafrika bei uns hier in Berlin gewesen: der katholische Erzbischof von Bangui, der Präsident der Evangelischen Allianz und der oberste Imam des Islamischen Rates. Alle drei werben zusammen in einer Friedensmission in Europa und in den USA um Hilfe für ihr Land. Zentralafrika versinkt im Augenblick in blutigen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Séléka-Milizen und christlichen Anti-Balaka-Milizen. Die drei Religionsführer sagten mir, dies sei kein Religionskrieg. Vielmehr werde die Religion durch die Politik für blutige Konflikte instrumentalisiert.

Die drei Religionsführer haben sich aufgemacht, einen Versöhnungsprozess in ihrem geschundenen Land zu beginnen. Sie haben mir geschildert, dass Kinder aus Schulen herausgeprügelt werden, weil sie entweder christlichen oder muslimischen Glaubens sind. Sie haben mir geschildert, wie in Krankenhäusern kranke Menschen sprichwörtlich aus den Betten gerissen werden, weil sie muslimischen oder christlichen Glaubens sind. Sie haben mir erzählt, dass sie, alle drei zusammen, sich vorstellen können, Gemeinschaftsschulen und Gemeinschaftskrankenhäuser auf den Weg zu bringen.

Sie haben aber auch unmissverständlich klargemacht, dass sie unsere Hilfe brauchen, um die Bevölkerung zu schützen, um Tötungen, Vergewaltigungen und Plünderungen zu unterbinden. Sie haben unmissverständlich klargemacht, dass sie ein robustes Mandat möchten, damit die Friedenswilligen das Gespräch wieder aufnehmen können. Ja, meine Damen und Herren, dabei wollen wir ihnen helfen, und dabei müssen wir ihnen helfen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Afrikanische Union baut seit Juli 2013 eine Stabilisierungsmission mit 6 000 Soldaten und Polizisten auf. Frankreich engagiert sich seit Dezember mit 2 000 Soldaten in der Zentralafrikanischen Republik. Vor wenigen Tagen hat auch der Europäische Rat eine Mission für Zentralafrika beschlossen, die für sechs Monate die Mission der Afrikanischen Union bei ihrem Aufwuchs unterstützen soll, um letztlich die Voraussetzungen für eine UN-Friedensmission zu schaffen. Ende Mai sollen rund 1 100 Soldaten aus bisher 22 beteiligten Nationen einsatzbereit sein.

Es war nicht leicht, diese europäische Mission auf den Weg zu bringen. Es hat allein fünf Truppenstellerkonferenzen bedurft, bis die Mission so weit war. Die Mission drohte nicht nur daran zu scheitern, dass zu wenig Truppen aufgestellt wurden – das war nicht das Nadelöhr –, sondern vor allem daran, dass weder Truppen noch Material noch Nachschub per Lufttransport nach Zentralafrika gebracht werden konnten und dass der Verwundetentransport nicht gesichert war.